

Lockdown, Homeoffice, Distanz- und Hybridunterricht, für unser aller Arbeit, damit die Kinder auch in diesen Zeiten bestmöglich versorgt werden.

Und für die momentanen und künftigen Jahrgänge unserer Schülerinnen und Schüler kann man das nur als verantwortungslos und zynisch betrachten, wie die Behörde mit uns umgeht. Die Art der Ermittlung des Sozialindex sehen wir alle sehr kritisch. Die jetzigen Vorschulkinder an unserer Schule zeigen, dass wir Sonderpädagog_innen und Doppelbesetzungen auch in kommenden Jahrgängen benötigen werden, um allen Kindern wenigstens ansatzweise gerecht werden zu können. Wir arbeiten präventiv, so dass möglicherweise weniger Hilfen zur Erziehung durch den ASD nötig sind – wird uns das jetzt zum Verhängnis? Die Präventionsarbeit an unserer Schule gemeinsam mit den Sozialpädagog_innen vom *Rauhen Haus* und der *Lichtlinse* führt oft zu Unterstützungsmaßnahmen, die nicht über das Jugendamt laufen. Diese Arbeit wird in keinem Punkt berücksichtigt. Es werden für die Erstellung von KESS 4 Daten von Kindern aus nichtdeutschen Familien einbezogen, nicht aber die vielen Sprachförderkinder, die wir insgesamt haben, sowie die große Anzahl

an Kindern mit Lernförderung nach §45. Auch das Kriterium Wahlbeteiligung berücksichtigt nicht die Familien, die gar keine Wahlberechtigung haben, weil sie keinen deutschen Pass besitzen.

Die BSB spart die Schule kaputt, anstatt sich um ein Konzept zu kümmern, wie mit den Lockdown-Jahrgängen umgegangen werden soll. Statt die Folgen des Lockdowns zu berücksichtigen und Klassen und Schulen besser auszustatten, wird gespart. Lasst uns das Geld vom Bund in kleinere Klassen und Doppelbesetzungen stecken! Denn: Grundschule lebt von Beziehungsarbeit. Defizite kann man nicht mit Personen, die den Kindern unbekannt sind, am Nachmittag oder in den Ferien aufholen.

Nein, wir benötigen kleine Klassen und ganz viele Doppelbesetzungen, um die Kinder möglichst gut zu fördern!!! Bildung und Schule braucht insgesamt mehr Ressourcen und kleinere Klassen!!

Eine Umverteilung führt nur zu Ungerechtigkeiten an anderer Stelle.

Die Kürzungen, das Sparprogramm wollen wir als Schule nicht hinnehmen!

GB GS-BREHMWEG

LEHRERARBEITSZEITVERORDNUNG

Offener Brief der GEW-Betriebsgruppe des Gymnasium Altona

Die GEW unterstützt den Offenen Brief der GEW-Betriebsgruppe des Gymnasium Altona zur Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung

Sehr geehrter Herr Rabe,

die Betriebsgruppe der GEW des Gymnasiums Altona und weitere Kolleg_innen erklären sich solidarisch mit dem offenen Brief der Gretel Bergmann Schule vom 9.12.2020 und anderen Schulen und deren Kritik an der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung, wie den ständig wachsenden Anforderungen an unseren Beruf, die unter den besonderen Pandemiebedingungen noch erheblich zugenommen haben.

Wir meinen auch, dass das Hamburger Arbeitszeitmodell unsere tatsächliche Arbeitsleistung schon vor der Pandemie nicht abgebildet hat. Zusätzlich kamen dieses Schuljahr noch weitere Anforderungen und Unsicherheiten durch die Lernbedingungen unter Corona hinzu. Immer mehr entsteht bei uns der Eindruck, dass Gesundheitsfürsorge und pädagogische Zielsetzungen einem oberflächlichen Leistungsgedanken untergeordnet werden.

- Wir haben eine extrem hohe zusätzliche Ar-

beitsbelastung durch Unterricht unter Pandemiebedingungen, insbesondere durch eine teilweise Verdopplung der aufgewendeten Vor- und Nachbereitungszeit im Hybridunterricht.

- Zusätzlich entsteht großer Aufwand durch notwendige pädagogische Unterstützung, insbesondere durch individuelle Beratung z.B. in Telefonaten.

- Die schriftliche Kommunikation hat sich vervielfacht.

- Die erweiterte Einarbeitung in digitale Medien für den (Fern-)Unterricht erfordert Zeit.

- Trotzdem wurde dieses Schuljahr weiterhin an Leistungstests, wie z.B. mündliche Überprüfungen in Jahrgang 10 oder Klassenarbeiten in der Sek I in Nebenfächern, festgehalten. Auch die Erfüllung der sowieso schon umfangreichen Curricula am Gymnasium soll gewährleistet werden.

Während der Pandemie war der Gesundheitsschutz zudem für uns ungenügend. Die Gefahr der Ansteckung in Schulen wurde herunterge-

spielt und Lehrkräfte wurden zum Präsenzunterricht (auch in vollbesetzten Klassen ohne Möglichkeit, Abstand einzuhalten) verpflichtet.

Die Möglichkeit, Impftermine zu buchen, kam in Hamburg im Vergleich zu anderen Bundesländern für uns sehr spät und bereits durch den Patientenservice vergebene Termine mussten unter Androhung dienstrechtlicher Konsequenzen abgesagt werden.

Masken durften laut Behörde während Präsenzklausuren abgenommen werden, wobei Kolleg_innen in diesen Fällen um ihre eigene Gesundheit fürchten oder striktere Regeln individuell durchsetzen mussten. Dazu kamen Unsicherheiten über den Standard der Masken, die uns zur Verfügung gestellt wurden, weil sie nicht zweifelsfrei FFP2- Qualität besaßen.

Wir fordern deswegen zeitnah:

- ausreichenden Gesundheitsschutz
- Angebote zur Entlastung
- faire Arbeitszeitbemessung
- Einstellung von mehr Schulpersonal

Zudem brauchen wir in der jetzigen Zeit eine Kürzung der Bildungspläne, damit wir uns vermehrt um den Kontakt mit den Schüler_innen kümmern können.

Weitergehend fordern wir, Lehrgesundheit und Arbeitsschutz langfristig zu priorisieren, das Arbeitszeitmodell auszusetzen und stattdessen eine angemessene Leistungsbeschreibung mit den Gewerkschaften und Lehrerverbänden zu erarbeiten.

Konsequenzen

Da die Arbeitsbedingungen krank machen,

schließen wir uns dem Schreiben u.a. der Gretel Bergmann-Schule darin an, Konsequenzen zu ergreifen, wenn uns nicht Angebote zur Entlastung gemacht werden. Zur Diskussion stehen:

- Dienst nach Vorschrift und Einschränkung auch von notwendigen Tätigkeiten so, wie es von der Schulbehörde in der Hamburger Lehrarbeitszeitverordnung bemessen ist.

- Remonstrieren, siehe: <https://www.news4teachers.de/2021/04/wir-remonstrieren-wie-lehrer-gegenueber-der-schulaufsicht-begruenden>

warum-sie-ihren-dienst-derzeit-fuer-rechtswidrig-halten/

- Dienstanweisungen einfordern, z.B. dazu, wie unser Unterricht zu planen ist und welche Standards bei ungenügender Arbeitszeitbemessung eingehalten werden sollen.

Wollen Sie, Herr Rabe, anderenfalls tatsächlich die Verantwortung dafür übernehmen, wie die Qualität von Schule aussieht, wenn Lehrkräfte in der dienstlich vorgegebenen Zeit ihre Arbeit verrichten? Es könnten z.B. keine Klausuren zuende korrigiert werden, die Unterrichtsstunden würden nicht angemessen vorbereitet werden, die Dokumentation von Schüler_innen-Leistungen würde unter den Tisch fallen und für die sozial-emotionale Betreuung bliebe keine Zeit mehr.

Das Problem der Überlastung war bereits vor der Pandemie erheblich, ist durch diese verstärkt worden und wird auch danach nicht einfach verschwinden.

Wir fordern, dass Sie zeitnah in unserem Sinne und damit im Sinne unserer Schüler_innen handeln.

Mit freundlichen Grüßen,

die GEW-BETRIEBSGRUPPE und weitere
Kolleg_innen des Gymnasium Altona



**GYMNASIUM
ALTONA**



Freie und Hansestadt Hamburg

Lehrerkammer Hamburg

03. Juni 2021

Stellungnahme zur „Verordnung über Maßnahmen im Rahmen der Schulorganisation zum Schuljahresbeginn 2021/2022“

Die Lehrerkammer nimmt die vorliegende Verordnung über die Schulorganisation zum Schuljahresbeginn 2021/2022 zur Kenntnis.

Die schulorganisatorischen Maßnahmen im zweiten Abschnitt § 2 Satz 3 zum Gymnasium Finkenwerder lehnt die Lehrer_innenkammer ab und sieht auf der Elbinsel ideale Bedingungen für die Gründung "Einer Schule für alle"!

Wir werden in der kommenden Ausgabe ausführlich darüber berichten. Die Redaktion